

Stuttgart: „Flüchtlings“- Zahlen explodieren!



Der Wahnsinn scheint

kein Ende zu nehmen. Wie heute bekannt wurde, rechnet die Stadt Stuttgart mit einer Steigerung der unterzubringenden „Flüchtlinge“ um mehr als das Doppelte im Vergleich zu letztem Jahr und es weist nichts darauf hin, dass der derzeitige Zustrom kurz-, mittel- oder langfristig abebben werde. Rechnete Stuttgart bisher noch mit 207 Unterzubringenden im Monat, so wird nun in der Prognose für die laufenden Monate von je 307 Menschen ausgegangen.

50 Millionen Euro zusätzlich

In einem Nachtragshaushalt sollen jetzt, für die dieses Jahr zusätzlich erwarteten 1500 Asylbewerber, [50 Millionen Euro extra bewilligt](#) werden. Allein im letzten Jahr betrug die Gesamtzahl der Asylforderer allein in Stuttgart 2615, was damals schon fast eine Verdoppelung zum Vorjahr darstellte. Die Kosten trage letztlich nicht die Stadt. „Wenn die Plätze besetzt sind, bekommen wir die Kosten über das Land innerhalb von zehn Jahren refinanziert“, so der erste Bürgermeister Michael Föll (CDU), in den [Stuttgarter Nachrichten](#).

Geld, das dann an anderer Stelle fehlen wird. Es ist schon grotesk, dass sich die Politik anscheinend nur die Frage zu

stellen scheint, ob Bund, Länder oder die Kommunen die Kosten zu tragen hätten. In der Folge ist das vollkommen irrelevant, da die Zeche am Ende sowieso nur einer zu zahlen hat, egal über welche Umwege – der deutsche Steuerzahler!

Zurzeit leben in Stuttgart 3285 illegale Eindringlinge in 72 Unterkünften in 17 Stadtbezirken. Sechs gleichartige Fertigbauten sind bereits in Betrieb, drei weitere, sowie Erweiterungen an zwei bestehenden Standorten folgen, [teils gegen örtlichen Protest](#), bis Ende 2015 oder Anfang 2016. Mittlerweile haben sogar schon Anwohner ihre Häuser verkauft, weil die Stadt ihre Zusagen nicht eingehalten hat, die Asylunterkünfte immer weiter ausgebaut werden und den sozialen [Frieden in der Stadt stören](#).



Keine Container – Wohnungen sollen es sein!

Wer angesichts der exorbitant gestiegenen Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Eindringlinge jetzt mit einer sparsameren Politik rechnet, muss enttäuscht werden. Für Stuttgart sind die deutschlandweit verwendeten und auch nicht gerade günstigen Containerbauten, nicht gut genug. Es sollen richtige Wohnungen her. Und so will die vom grünen Oberbürgermeister Kuhn regierte Stadt, allein in diesem Jahr noch einmal kurzfristig 60 private Wohnungen anmieten. Angesichts des in Stuttgart sehr angespannten Wohnungsmarktes ein katastrophales Signal für jeden Wohnungssuchenden. Ein

frei gewordenen Krankenhaus, das Bürgerhospital auf dessen Gelände theoretisch neuer Wohnraum hätte entstehen können, wird zusätzlich mit 250 Illegalen belegt werden. Außerdem ist geplant einen besseren Betreuungsschlüssel, sprich mehr Sozialarbeiter, für die Betreuung, umzusetzen. Dieses Konjunkturprogramm für die Asylindustrie kostet den Steuerzahler natürlich auch noch weitere Unsummen, die dann natürlich über viele Jahre zurück gezahlt werden müssen.

Medien fordern: „Wir müssen!“

Und was machen die Medien? Sie lügen weiter, sprechen nur von syrischen Flüchtlingen ohne dabei die Völkerwanderung von Millionen Menschen aus Schwarzafrika beim Namen zu nennen. Sie sprechen beim Thema Finanzen davon, dass das Geld vom „Land“ käme, „die Kommunen würden ja entlastet“, ohne die wirklichen Finanziers, die Steuerzahler zu nennen. Als wenn das nicht schon genug wäre, so fordern sie auch noch die Ausgaben zu steigern. Am Ende hört der Bürger immer nur ein Wort „muss“!

„Wir müssen!“ – Wirklich?

Rasch handeln

VON LEON SCHERFIG

Was würde die reiche Stadt Stuttgart für ein Bild abgeben, wenn sie Flüchtlinge monatelang auf Feldbetten in Turnhallen unterbrächte? Es wäre ein Desaster, in vielerlei Hinsicht. Humanitär, aber auch medial. Für die Verwaltung wäre es die Bankrotterklärung. Deshalb ist es richtig, dass die Verantwortlichen den zuweilen schwerfälligen Verwaltungsapparat so schnell wie möglich in Gang setzen. Das Geld für neue Unterkünfte, so zumindest das Versprechen vom Land, soll später voll erstattet werden. Erst diese Woche hatte das Land zugesichert, die finanzielle Unterstützung der Kommunen zu verbessern.

Nun rasch im Gemeinderat einen Nachtragshaushalt absegnen zu lassen, ist der richtige Schritt. Auf der großen politischen Bühne wird es vorgemacht: Am Donnerstag verabschiedete der Bundestag einen entsprechenden Nachtragsetat für 2015 und zudem ein Gesetz zur Entlastung der Kommunen. Der Bund unterstützt Länder, Städte und Gemeinden in diesem und nächsten Jahr mit je 500 Millionen Euro.

Ob das ausreicht, ist fraglich. Der Vormarsch des Islamischen Staates in Syrien lässt das Schlimmste befürchten und wird weitere Flüchtlingswellen auslösen. Eine traurige Realität, auf die sich nicht nur Stuttgart einstellen muss.

l.scherfig@stn.zgs.de

Politiker von CDU bis Linke sprechen im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung weiter nur von „Flüchtlingen“ und leiten daraus ab, helfen zu müssen. Alternativlos wird in der sehr einseitig geführten Debatte um die „Flüchtlings“-Problematik in der Folge immer nur eine Schlussfolgerung zugelassen: „Wir müssen!“. Aber „müssen“ wir wirklich? Nein! Angesichts der nicht enden wollenden Armutseinwanderung und der Vernachlässigung der Interessen der angestammten Bevölkerung, ist statt „müssen“, laut „STOPP“, zu rufen! Es geht auch nicht in erster Linie ums Geld, das im schwarzen Loch der Bereicherungs- und Asylindustrie verschwindet. Es ist vor

allem die Identität, die durch den immer offensichtlicher zutage tretenden und zunehmend beschleunigten Bevölkerungsaustausch verloren geht. Das betrifft übrigens nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa! Wenn wir also etwas müssen, dann ist es diese Irrsinns politik zu stoppen. Jetzt!